Gelesen

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gelesen

«Es könnten auch
unseres Erachtens
die Rathssääle sehr viel
kleiner und akustischer sein,
wenn man sich auf Sitzplätze ohne Pulte,
wie im englischen Parlament,
beschränkte.»

Carl Hilty
zum Bundeshaus-Neubau von 1902

Neubaupläne im Bundeshaus

Unter den unendlich vielen Papieren aus Bern war es durchaus eines der interessanteren: Bericht der Kommission des Nationalrates vom 30. Januar 1992 betreffend Parlamentarische Initiative Parlamentsgebäude. Erweiterungsbau. Mit der Empfehlung, die Vorprojektierung in die Wege zu leiten, zur Beratung in der ersten Woche der Frühjahrssession vorgelegt, dann verschoben. Womöglich zieht die Kommission ihre Anträge sogar wieder zurück. Letzteres war bei Redaktionsschluss noch unklar.

Vielleicht ist aus der Presse noch jene Skizze in Erinnerung, die bei der Veröffentlichung des Kommissionsantrages am meisten Furore machte. Einer von vier Vorschlägen. Entworfen von Mario Botta, der seinem auf Stelzen in den Südhang vor das Bundeshaus gestellten Neubau selbst attestiert, dass er nicht nur «auf die funktionalen Bedürfnisse eines modernen Parlaments» ausgerichtet sei, sondern einer neuen kulturellen Haltung entspreche, «die nach der unsinnigen Bautätigkeit der letzten Jahre wieder mehr Rücksicht auf das bestehende Stadtbild nimmt». Fachleute der Denkmalpflege waren da offenbar etwas anderer Meinung: «Die grosse Geste des Entwurfs» bedinge nicht nur den Abbruch mehrerer Häuser und die Zerstörung eines Wegsystems von teilweise grosser historischer Bedeutung. Es wäre ein Projekt, das «mit übersteigerter Monumentalität in den Stadtgrundriss und in den Stadtkörper eingreift». Unter dem erweiterten Aspekt von Städtebau und Stadtplanung klingt das im Bericht zitierte Expertenurteil wieder positiver: «Wichtig ist, dass eine Sprache gefunden wird, die unserer offenen Gesellschaft und dem offenen Parlamentsbetrieb gerecht wird.» Die strahlenförmige Anordnung der Ergänzungsbauten im Halbrund um das heutige Parlamentsgebäude, um den «Mittelpunkt der Demokratie» sozusagen, wäre ein sinngebendes Zeichen. Nur des Eindrucks, «dass der gesamte Neubaukomplex etwas zu abweisend wirkt», könne man sich nicht erwehren.

Mit den unter dem Stichwort «Verdrängung» geprüften Lösungen in den von der Verwaltung genutzten Gebäuden im Bundeshaus Ost und West entstünden weniger Probleme. Wenn dort irgendwo von «einer unverständlichen Diskrepanz von Fassade und Inhalt» die Rede ist, die «letztlich keine wesentlichen Verbesserungen» bringe, geht es um ein Detail. Sicher ist die doppelbödige Bemerkung nicht bewusst auf das ganze Vorhaben gemünzt. Trotzdem trifft sie den Kern.

Verlockend, bestechend ...

Was der Kommission vorschwebt, ist im Zusammenhang mit den anderen aktuellen Plänen für eine Parlamentsreform zu sehen, ja nur in diesem Zusammenhang zu verstehen. Gedacht ist an persönliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für alle Gewählten, höhere Entschädigungen, andere Arbeitsmethoden. Mit dieser Idee im Kopf wurden Parlamentsgebäude in Wien und Brüssel besichtigt. Letztere hätten «infrastrukturelle Verhältnisse ausgewiesen, die den Vorstellungen der Kommission entsprechen können». Für eine vergleichbare Lösung scheint ihr der Weg über einen Neubau günstiger und vor allem rascher realisierbar. Baubeginn irgendwann 1998.

Es mag für Mitglieder des Parlamentes ein bestechender Gedanke sein, künftig in

wenig Distanz zum Plenum einen Raum für sich zu haben. Manchmal wird es auch mir zu unruhig und zu eng, einige der Orte, an denen heute improvisiert gearbeitet wird, sind düster. Botta dagegen verspricht allen «natürliches Licht und Blick auf den Lauf der Aare». Für die Zukunft erwartet die Kommission zudem eine Intensivierung der parlamentarischen Arbeit. Erwähnt wird die Europapolitik. Mit moderner Konferenztechnik ausgestattete Sitzungs- und Verhandlungsräume würden gebraucht. Helmut Hubacher sprach in der SP-Fraktion auch von einem Bedarf an Räumen für Kontakte mit der Öffentlichkeit.

... aber ziemlich unrealistisch

Vergessen wir es! Demnächst wird die Volksabstimmung über das «Referendum gegen ein Berufsparlament und überrissene Parlamentsbezüge» zeigen, was die Öffentlichkeit von Reformen in dieser Richtung hält. Und einem Neubau am Aarehang müsste die Bevölkerung der Stadt Bern durch eine Überbauungsordnung den Segen geben. Wenn ich denke, wie mir schon nach ein paar Vorfrühlingstagen der Morgenspaziergang von der Münsterplattform her mit Blick in das leicht verwucherte Landstück unter der Bundesterrasse gefällt!

Und wozu? Würde unsere Politik durch eine verbesserte Infrastruktur besser? Da müsste viel anderes ändern. Zumindest hat die bauliche, technische Reform im Bundeshaus keine Priorität. Nachdem, was ich als Mitglied eines kantonalen Parlamentes gewohnt war, fühle ich mich in Bern bereits jetzt privilegiert. In den angebotenen Diensten, Anlässen und Informationen kann ich mich als Neuling richtiggehend verlieren. Ist bei den Erfahreneren die Illusion mit im Spiel, auch die überwältigend wirkende Fülle von Problemen wegzuorganisieren?

Nur ein Verdacht. Unsicher bekannte ich in der Fraktion – mit dem Vorbehalt, mögliche Bedürfnisse nach so kurzer Zeit nicht alle zu kennen –, es fehle mir beim heutigen Angebot eigentlich wenig bis nichts. Mit recht unterschiedlichem Echo. Ein wenig kam ich mir vor wie das kleine Kind im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern.

Ein anstössiges Mausoleum

Im jetzigen Kleid stecken die eidgenössischen Räte übrigens seit April 1902. Bei der Eröffnungssitzung vor neunzig Jahren hielten die bürgerlich-freisinnigen Politiker mit 87 von 147 Sitzen eine komfortable Mehrheit. Eine «sozialpolitische Gruppe», zu der vier Sozialdemokraten gehörten, kam auf deren elf. Greulich stiess im Herbst zu ihnen.

Für eine «Betonung der staatlich-ethischen Seite des parlamentarischen Berufes» sprach sich in einer Betrachtung vor dem Umzug ins neue Bundeshaus die NZZ aus: «In wachsendem Masse sehen wir die Macht fest organisierter wirtschaftlicher Interessen bei der Bestellung unseres Parlaments sich geltend machen. Wir sehen, wie die Interessen des Güterlebens überall in die Poren des Staatskörpers einzudringen versuchen.» Eine gewisse Unzufriedenheit des Volkes mit dem Parlament wäre unverkennbar. Doch gehe die notorische Behauptung zu weit, es werde das neue Parlamentsgebäude zum «Mausoleum des absterbenden Parlamentarismus» verkommen.

Dies entnehme ich einem Aufsatz des Kunsthistorikers Franz Bächtiger. Dort wird auch Carl Hilty zitiert, welcher als Alternative vorgeschlagen hatte, «den Zwischenraum zwischen beiden Bundespalästen durch das jedenfalls nothwendig werdende Bankgebäude auszufüllen». In ihm wären, bei vernünftiger Dimensionierung, leicht auch zwei Ratssäle unterzubringen. Damit liesse sich «das Anstössige vermeiden, das darin liegt, bloss für ein Parlamentshaus so viel Geld auszugeben, und obendrein noch einen Theil desselben für bloss dekorative, sonst aber unnütze Bautheile, wie Kuppeln und Thürme». Wobei ich heute während der langen Sessionswochen doch froh bin, dass sich seine spartanische Vorstellung für die Möblierung nicht durchgesetzt hat ...

Bei der aktuellen Diskussion der Variante «Verdrängung» war auch wieder von den Bankgebäuden die Rede. Doch realistischer – und gleichfalls nicht ohne Symbolgehalt – ist wohl am Ende eine bescheidene Ausweitung des Parlamentsbetriebes in den Ostflügel des Bundeshauses. Wobei die jetzige Nutzung durch das Militärdepartement erheblich redimensioniert werden müsste.

Hans Steiger